Beschlussvorlage 2017/174/1	Referat	Finanzreferat
	Abteilung	Abt. 20, Finanzreferat
	Verfasser(in)	Finanzreferat

Gremium	Termin	Vorlagenstatus
Stadtrat		**öffentlich**
Stadtrat	**27.07.2017**	**öffentlich**

Haushalt 2018: Anträge der Fraktionen zu den Haushaltsberatungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die eingereichten Anträge der Fraktion des Bündnis 90/Die Grünen in den Entwurf des Haushaltsplanes 2018 einzuarbeiten.

Der Antrag der Fraktion der CSU wird zur weiteren fachlichen Beratung in den Finanz-, Personal- und Organisationsausschuss verwiesen.

anwesend:	für den Beschluss:	gegen den Beschluss:

Vorlagennummer: 2017/174/1

Sachverhalt:

Entsprechend der Festlegungen des Stadtrates sollten bis zum 9. Juli 2017 die Fraktionen ihre Projektwünsche und Anregungen zum Haushalt 2018 schriftlich an das Finanzreferat melden.

Die vereinbarungsgemäß eingegangenen Anträge der Fraktion der CSU (6. Juli 2017) sowie des Bündnis 90/Die Grünen (1. Juli 2017) sind aus den beigefügten Anlagen 1 und 2 zu ersehen.

Zu den Vorschlägen der Fraktion des Bündnis 90/Die Grünen darf wie folgt Stellung genommen werden:

- Anschaffung von Mehrwegbechern: Aufgrund der eher geringfügigen finanziellen Auswirkungen steht dieser Beschaffung nichts im Wege. Zu klären wären jedoch noch der Lagerort der Leihbecher sowie die mögliche Entgeltfrage.
- Fahrradständer am Bahnhof: Diese Thematik ist aufgrund früherer Antragstellungen bereits im Baureferat in der Bearbeitung. Dabei wird neben die Errichtung neuer Fahrradständer auch der Neubau einer öffentlichen Toilettenanlage auf Stadtgrund geprüft.
- Versenkbare Poller in der Burgwallstraße: Auch diese Thematik ist aufgrund der mehrjährigen Diskussion um das Betriebskonzept des Wittelsbacher Schlosses im Allgemeinen bereits im Baureferat in der Bearbeitung.

Zu den Vorschlägen der Fraktion der CSU darf wie folgt Stellung genommen werden:

- Die beantragte zusätzliche Stelle für den städtischen Hochbau ist im Lichte des städtischen Gesamtpersonalkonzeptes und die bisher festgesetzten Stellenobergrenze zu diskutieren. Der inhaltlicher Einsatzbereich sowie Raumfragen/Zuständigkeiten sind dabei anzusprechen.
- Organisationsuntersuchung: Die Herangehensweise, Inhalte sowie Zielsetzungen einer gewünschten Organisationsuntersuchung sind zu konkretisieren. Dabei ist insbesondere die Frage nach der Leistungserbringung (intern/extern) und nach dem Zeithorizontes zu diskutieren.

Zur Klärung dieser Rahmenbedingungen wird die fachliche Diskussion im hierfür fachlich zuständigen Finanz-, Personal- und Organisationsausschuss am 26. September 2017 vorgeschlagen

Der Rat wird gebeten, in der heutigen Sitzung das weitere Procedere festzulegen.